11.03.11

UVEK

Bundesamt für Kommunikation BAKOM
Abteilung Radio und Fernsehen
2501 Biel

Referenz/Aktenzeichen 5210-50/1000284255

Postulat «Pressevielfalt sichern»

und

Studien «Zukunft der Medien in der Schweiz»

STELLUNGNAHME

Legitimation

Der Unterzeichnete war vor Jahren Zentralsekretär des Schweizerischen Zeitungsverleger-Verbandes SZV und Verfasser von Eingaben und Stellungnahmen zum Verhältnis von Presse und Staat. Beidseits war man der Defensive verhaftet. Indessen war der Verband um der Ordnung der Zeitungsunternehmen willen gegründet worden. Dieser nachzugehen wäre eine Forschungsaufgabe gewesen. Es war jedoch unmöglich, ihr aus der Defensive heraus gerecht zu werden. Schliesslich erlaubte der Zentralvorstand eine Trennung der Aufgaben: Defensive durch den Verband, unabhängiges Büro für die Forschung.

Strukturelles Ungleichgewicht

Aus der Sicht des Postulats brisant sind einzig die Feststellung, der Marktanteil für die 5 grössten Verlage betrage in der Deutschschweiz 91% und für die verbleibenden vier grösseren Verlage in der Westschweiz 100%, nachdem er im Jahre 2001 in beiden Sprachregionen bei rund 60% lag, und die Aussage, insofern könne die Konzentration im Bezug auf die verlegerische Kontrolle des Tageszeitungsmarktes als gross bezeichnet werden.

Den Journalisten, Lesern und Inserenten stehen demnach derzeit am Markt der Tageszeitungen nur wenige Verlagsgruppen gegenüber. Es ist ein strukturelles Ungleichgewicht zu vermuten. Gewohnheiten verändern sich, auch gesellschaftliche. Das mag die Auswirkungen struktureller Ungleichgewichte zwar verschärfen, ihre Ursache kann es aber nicht sein. So oder so bleibt die Gesellschaft eine Vielheit. Die Vermutung ist zu überprüfen.

Abgrenzung von Postulat und Studien

Das Postulat verlangte, die wirtschaftlichen Grundlagen der Verlage und die Auswirkun-

gen der jüngsten Pressekonzentrationswellen auf die Meinungsvielfalt zu beleuchten. Diese Fragestellung hat der Bundesrat jedoch nicht übernommen. Und mit der Erweiterung des Auftrags auf medienwissenschaftliche Studien zur Lage und zur Zukunft auch der elektronischen Medien hat das BAKOM die Frage des Postulats pro domo beiseite geschoben. Erstaunlich ist das nicht. Nur die elektronischen Medien sind seine Zukunft. Auch die Frage des Tarifs der Zeitungspost war nicht Gegenstand des Postulats. Sie ist vielmehr eine seit den Anfängen des Bundesstaats hängige Streitsache. In diesem Bereich hat das BAKOM nicht Studien sondern Parteipolemiken vorgelegt.

Widersprüche

Nicht studiert wurde insbesondere die Frage nach den wirtschaftlichen Grundlagen der Verlage und der Meinungsvielfalt. Die Frage lässt sich nicht auf die Verlage reduzieren. Vielmehr ist die Struktur der Zeitungsunternehmen hoch differenziert und im Publikum verankert. Das lässt vermuten, dass sie die Natur einer gesellschaftlich breit abgestützten Zweckverbindung haben. Aber es fehlt, wie im Unternehmensrecht überhaupt, an einer geeigneten Vertragsform für solche. Das gefährdet ihre Unabhängigkeit. Auffällig ist die Druckereihörigkeit des Zeitungsunternehmens. Seine Interessen und diejenigen des Druckereibesitzers sind jedoch nur zum Teil gleich, zum Teil widersprechen sie sich auch.

Den Kern des Widerspruchs bringt eine im Bericht der BAKOM Medienforschung 2010 wiedergegebene professorale Definition zum Vorschein. Sie besagt, Medien seien «Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen». Medien sind also als kanalhörige Systeme zu betrachten, unbekümmert darum, ob sie als «service public» oder privatrechtlich organisiert sind. Ist das Zeitungsunternehmen druckereihörig, ist es ein Medien-, ist es kanalunabhängig, dann ein Vertragssystem.

Lösungsweg

Mit dem Hinweis des Bundesrates, dass die Handlungsmöglichkeiten des Bundes im Bereich der Presse verfassungsrechtlich beschränkt sind, kann es also nicht sein Bewenden haben. Trifft es zu, dass eine geeignete Vertragsform für die Zeitungsunternehmen noch fehlt, dann wäre die Zivilrechtskompetenz des Bundes angesprochen. Es könnte alsdann nicht Sache des BAKOM sein, beleuchtende Berichte zu beschaffen. Die Federführung läge beim EJPD. Es wäre nach den Regeln der Zivilrechtsforschung und -gesetzgebung vorzugehen und jegliches Ausweichen auf die Verwaltungsgesetzgebung zu vermeiden.

Charles-Th. Jean-Richard
Forschungsbüro
Erlenstrasse 7
8810 Horgen

Kopie z.K.

NR Hansjürg Fehr
Verband SCHWEIZER MEDIEN
Rainer Stadler, Medienredaktor NZZ